

Politischer Umbruch in Taiwan

Sieg der Opposition – neue Spannungen mit China?

Frédéric Krumbain / Gudrun Wacker

Erstmals hat in Taiwan die chinakritische Demokratische Fortschrittspartei (DPP) nicht nur die Präsidentschaftswahl klar für sich entschieden, sondern auch die absolute Mehrheit im Parlament gewonnen. Nach dem unerwartet deutlichen Wahlsieg des »grünen« Lagers über das »blaue« Lager um die bisherige Regierungspartei Kuomintang (KMT) stehen den Beziehungen zu Festlandchina schwierige Zeiten bevor. Das Wahlergebnis bedeutet eine Umkehrung des KMT-Erfolges im Jahr 2008, in dessen Anschluss sich Taiwan und die Volksrepublik China annäherten. Entscheidend wird nun sein, wie Beijing mit der neuen Situation umgeht. Denn für die Regierung der Volksrepublik steht die bisherige Strategie in Frage, die nahezu ausschließlich auf Kommunikation mit der KMT gesetzt hat.

Bei den taiwanesischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 16. Januar hat die Demokratische Fortschrittspartei, die bis dahin die Opposition bildete, in einem Erdrutschsieg die Präsidentschaft und das Parlament erobert. Zum ersten Mal seit der Flucht der seinerzeit von Chiang Kai-shek geführten Kuomintang nach Taiwan im Jahr 1949 hat die Partei keine Mehrheit mehr im Parlament. Die DPP betont die De-facto-Unabhängigkeit Taiwans und vertritt sozialpolitisch und gesellschaftlich progressive Positionen, wie die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe.

Das Wahlergebnis

Drei Kandidaten für die Präsidentschaft

Die Oppositionskandidatin Tsai Ing-wen hat 56 Prozent der Stimmen erhalten, der Kan-

didat der bisherigen Regierungspartei KMT, Eric Chu, nur 31 Prozent; der dritte Kandidat, James Soong (People's First Party, PFP), kam auf 13 Prozent.

Die Wahlsiegerin und Vorsitzende der DPP, Tsai Ing-wen (geb. 1956), war schon bei der letzten Wahl im Jahr 2012 Präsidentschaftskandidatin und erzielte damals mit 46 Prozent ein respektables Ergebnis. Tsai hat bereits Regierungserfahrung; denn sie war Ministerin für die Beziehungen zu Festlandchina und Vizepremierministerin in der Amtszeit des ersten taiwanesischen Präsidenten von der DPP, Chen Shui-bian, der von 2000 bis 2008 regierte. Tsai hat in den USA (Cornell University) und Großbritannien (London School of Economics) studiert und war Juraprofessorin, bevor sie ihre politische Karriere begann. Sie gilt als bescheiden, zurückhaltend und intelligent,

ebenso aber auch als entschlossen und beharrlich.

Ihr Hauptkonkurrent Eric Chu (geb. 1961) ist seit 2010 Bürgermeister von Neu-Taipei, der größten Stadt Taiwans. Auch er war vor seiner politischen Karriere Professor und lehrte Rechnungswesen.

James Soong (geb. 1942, PFP), der dritte Kandidat, ein ehemaliger Politiker der Kuomintang, steht in vielen politischen Positionen jenen der KMT nahe.

Mit dem Sieg der DPP-Vorsitzenden Tsai Ing-wen wird Taiwan zum ersten Mal in seiner Geschichte eine Präsidentin haben. Ihr Erfolg steht beispielhaft für die zentrale Rolle der Frauen in der taiwanesischen Politik, die denen in skandinavischen Staaten ähnelt: Rund 40 Prozent der neugewählten Abgeordneten sind weiblich. Im Unterschied zu Spitzenpolitikerinnen in vielen anderen asiatischen Staaten stammt Tsai nicht aus einer Politikerdynastie.

Als Präsidentin besetzt Tsai das wichtigste politische Amt in Taiwan. Sie ernennt den Premierminister bzw. die Premierministerin, den oder die sie auch jederzeit abberufen kann. Bei den Wahlen treten wie in den USA jeweils zwei Kandidaten gemeinsam für die Ämter von Präsident und Vizepräsident an. In einer Direktwahl gewinnt das Duo mit den meisten Stimmen.

Taiwans Parlament wird bunt

Bei den Parlamentswahlen haben insgesamt 18 Parteien und 556 Personen kandidiert, ein Rekord. Auch bei diesen Wahlen hat die DPP die meisten Stimmen gewonnen und konnte sich mit 68 (zuvor: 40) der 113 Sitze eine deutliche Mehrheit sichern. Die KMT kam nur auf 35 Sitze (zuvor: 64).

Bemerkenswert ist vor allem der Wahlerfolg der neu gegründeten New Power Party, die fünf Sitze bekam und drittstärkste Kraft wurde. Die Partei gehört zum »grünen Lager« um die DPP, ist für die Unabhängigkeit Taiwans und setzt sich für sozialpolitisch progressive Anliegen ein, wie für die Rechte der taiwanesischen Ureinwohner. Zudem ist die Partei gegen die Todes-

strafe. Ihr Spitzenkandidat Freddy Lim wurde als Abgeordneter in seinem Wahlkreis in Taipei direkt gewählt. Lim, ein bekannter Musiker der Death-Metal-Band Chthonic, ist Menschenrechtsaktivist und war früher Vorsitzender der taiwanesischen Sektion von Amnesty International. Vier weitere Sitze gingen an kleinere Parteien wie die PFP, einen Sitz erhielt ein unabhängiger Kandidat.

Das taiwanische Wahlsystem kombiniert Elemente des Mehrheits- und des Verhältniswahlrechts: 73 der 113 Sitze des Parlaments werden seit einer Wahlrechtsreform im Jahr 2005 in Wahlkreisen nach dem einfachen Mehrheitswahlrecht vergeben, 34 Sitze nach dem Verhältniswahlrecht. Bei der Verhältniswahl müssen Parteien mindestens fünf Prozent der Stimmen gewinnen, um Sitze zu erhalten. Die Wähler haben somit zwei Stimmen. Sechs Parlamentssitze sind für Vertreter der Ureinwohner Taiwans reserviert.

Erklärung des Wahlergebnisses

Das Wahlergebnis erklärt sich vor allem aus drei Faktoren: Veränderungen in den politischen Einstellungen der taiwanesischen Gesellschaft, taktischen Fehlern des »blauen Lagers« um die KMT und der Unpopularität des Amtsinhabers Ma Ying-jeou (KMT).

Das neue Taiwan: jung, taiwanesisch, sozial und modern

In der taiwanesischen Gesellschaft zeichnen sich seit einigen Jahren Veränderungen im Kontext von drei wichtigen politischen Konfliktlinien (»cleavages«) ab. Eine traditionell wichtige politische Konfliktlinie ist das Verhältnis Taiwans zu Festlandchina. Die Inselbewohner, vor allem die Angehörigen der jüngeren Generation, fühlen sich inzwischen mehrheitlich als Taiwanese. Während sich 1992 nur 18 Prozent ausschließlich als Taiwanese definierten und 46 Prozent sowohl als Chinesen und als Taiwanese, haben sich die Mehrheitsverhältnisse mittlerweile umgekehrt. Heute be-

zeichnen sich 59 Prozent als Taiwanesen und 34 Prozent als Chinesen und Taiwanesen. Eine ausschließlich chinesische Identität existiert unter der taiwanesischen Bevölkerung kaum noch.

Eine weitere, relativ neue Konfliktlinie ist das Thema soziale Gerechtigkeit. Die soziale Ungleichheit ist unter der Präsidentschaft von Ma ausgeprägter geworden. Viele Taiwanesen sehen sich mit stagnierendem oder gar sinkendem Lebensstandard konfrontiert.

Die dritte Konfliktlinie erwächst aus einer Zunahme progressiver und demokratischer Wertorientierungen, die einhergeht mit einer stärkeren Politisierung der jungen Generation. Während die KMT traditionell einen eher paternalistischen und autoritären Politikstil pflegt, fordert insbesondere die junge Generation mehr politische Partizipation und eine transparentere und stärker auf Dialog orientierte Politik. Bei den Wahlen haben denn auch nur 6 Prozent der 20- bis 29-Jährigen bzw. 5 Prozent der 30- bis 39-Jährigen für den KMT-Kandidaten Chu gestimmt.

Die Forderungen der jungen Generation nach einem anderen Politikstil und die gestärkte taiwanesishe Identität waren ausschlaggebend für die sogenannte »Sonnenblumenbewegung« im Frühjahr 2014, die sich gegen einen befürchteten »Ausverkauf« Taiwans an China durch Präsident Ma richtete. Die Bewegung entzündete sich an der geplanten Ratifikation eines Abkommens über den Dienstleistungsverkehr mit dem Festland. Die Verhandlungen wurden als intransparent wahrgenommen, die anberaumte Entscheidung über das Abkommen als undemokratisch, da es ohne größere Debatten im Parlament ratifiziert werden sollte. Außerdem wurde befürchtet, dass das Abkommen wirtschaftliche Nachteile für kleine und mittlere Unternehmen mit sich bringt und eine zu große Abhängigkeit Taiwans von der chinesischen Volkswirtschaft zur Folge hat. An den Demonstrationen gegen das Abkommen beteiligten sich bis zu 350 000 Taiwanesen. Höhepunkt der Proteste war die friedliche Beset-

zung des Parlaments durch etwa 300 Studierende. Die Okkupation dauerte gut drei Wochen; erst unter dem Druck eines Ultimatums von Regierung und Polizei räumten die Studierenden ohne Widerstand das Parlamentsgebäude, nachdem sie vorher noch selbst aufgeräumt und geputzt hatten. Die Sonnenblumenbewegung konnte letztlich die Ratifikation des Abkommens verhindern und trug zu einem stärkeren politischen Engagement der jungen Generation bei. Ähnliche Bedenken wie die Mitglieder der Sonnenblumenbewegung hatten Schüler, die im Sommer 2015 gegen die Einführung neuer Schulpläne für den Geschichtsunterricht protestierten: In ihren Augen wurden die historischen Geschehnisse einseitig aus der Perspektive der KMT bzw. Festlandchinas dargestellt. Die New Power Party, die als Folge der Sonnenblumenbewegung entstanden ist, trägt die politischen Forderungen der Studierenden in die etablierte Politik.

Alle drei dargestellten Trends kommen eher dem »grünen Lager« zugute. Insgesamt drehte sich der Wahlkampf überwiegend um sozial- und wirtschaftspolitische Themen. Tsai hat diese Themen von vornherein in den Vordergrund gerückt und zum Beispiel versprochen, in den nächsten acht Jahren 200 000 neue Sozialwohnungen bereitzustellen. Weitere Pläne sind der langfristige Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie (Taiwan hat gegenwärtig drei Kernkraftanlagen mit insgesamt sechs Reaktoren in Betrieb), die Förderung erneuerbarer Energien, eine Rentenreform und die Etablierung eines transparenteren, partizipativeren und konsensorientierteren Politikstils. Die KMT machte wie schon bei den vorangegangenen Wahlen 2012 vor allem die Stabilität in den Beziehungen zu Festlandchina zum Wahlkampfthema.

Insgesamt ist das Wahlergebnis eher ein Votum gegen die regierende KMT als für die DPP, die in vielen Wahlkampfpositionen bewusst vage blieb und nun aufzeigen muss, wie sie die Probleme Taiwans konkret und effektiv lösen will.

Blaues Desaster: Spaltung und Fehler

Die KMT beging in ihrem Wahlkampf zahlreiche taktische Fehler. Nachdem die Partei bereits die Lokalwahlen im November 2014 deutlich verloren hatte und die Zustimmungswerte für Präsident Ma niedrig waren, beteiligte sich keines der politischen Schwergewichte der KMT an den parteiinternen Vorwahlen zur Bestimmung des Präsidentschaftskandidaten.

In einem sehr überschaubaren Kandidatenfeld setzte sich am Ende Hung Hsiu-chu (geb. 1948) durch, die Vizesprecherin des taiwanesischen Parlaments. Hung traf aber weder mit ihren inhaltlichen Positionen noch mit ihrem Demokratieverständnis die Stimmung in der taiwanesischen Bevölkerung: Sie sprach sich offen für eine Wiedervereinigung mit China aus und vertrat zudem den Standpunkt, dass die KMT das Volk von der Richtigkeit ihrer Positionen überzeugen solle und nicht umgekehrt. In der Folge sanken ihre Umfragewerte kontinuierlich (teilweise auf unter 15 Prozent), und damit schwand auch der Rückhalt in der eigenen Partei. Im Oktober 2015 zog der KMT-Parteivorsitzende Chu schließlich die Notbremse. Auf einem Sonderparteitag wurde Hung als Kandidatin abberufen, Chu selbst übernahm die Kandidatur. So kurz vor der Wahl hat er mit diesem Schachzug aber weder das Vertrauen in seine Fähigkeiten noch in die Partei gestärkt. Chu wollte überdies sein Amt als Bürgermeister nicht aufgeben – ein klares Zeichen dafür, dass er selbst nicht an einen Sieg glaubte. In seinem Wahlkampf bemühte sich Chu stärker als Hung darum, auf die Sorgen der taiwanesischen Bevölkerung einzugehen. Allerdings sprach auch er sich für die Vertiefung und Weiterentwicklung der Beziehungen zu Festlandchina aus. Der letzte taktische Fehler war vermutlich die Auswahl seiner Vizepräsidentschaftskandidatin, Wang Ruxuan. Kurz nach ihrer Nominierung stand sie im Zentrum eines Skandals um persönliche Bereicherung auf Kosten des Staates, der die Schlagzeilen beherrschte.

Das »blaue Lager« wurde nicht zuletzt dadurch geschwächt, dass mit Eric Chu und

James Soong zwei Kandidaten zur Wahl antraten, die im Grunde die gleichen Wählerschichten ansprechen. In einer ohnehin unvorteilhaften Ausgangslage war diese Spaltung ein weiterer Faktor, der Chus Chancen auf die Präsidentschaft massiv schmälerte. Die geringe Wahlbeteiligung von nur 66 Prozent (2012 waren es noch 74 Prozent) spricht auch dafür, dass viele Anhänger der KMT nicht zur Wahl gegangen sind, weil sie mit ihrer Partei nicht zufrieden und von deren Misserfolg überzeugt waren.

Im Gegensatz zur KMT hat das »grüne Lager« sich einheitlich und professionell präsentiert. Tsai Ing-wen, die unumstrittene Führungsfigur, richtete ihren Wahlkampf auf soziale und wirtschaftliche Themen aus und vermied provokante Aussagen über die Beziehungen zu Festlandchina. Statt also Forderungen nach einer taiwanesischen Unabhängigkeit zu erheben, plädierte sie für die Aufrechterhaltung des Status quo.

Externe Akteure haben nur wenig Einfluss auf die Wahlen genommen. Anders als noch 2012 sahen die USA davon ab, zugunsten der KMT bzw. gegen Tsai Ing-wen Stellung zu beziehen. Im Dezember 2015 kündigten sie an, Waffen im Wert von 1,83 Milliarden US-Dollar an Taiwan zu liefern. Mit diesem ersten Waffengeschäft seit 2011 signalisierten die USA, dass sie Taiwan anhaltend unterstützen würden, unabhängig vom Ausgang der Wahlen. China hielt sich im Wahlkampf seinerseits mit Propaganda gegen die DPP stärker zurück.

Ein wesentlicher Faktor für die Wahlniederlage des »blauen Lagers« war schließlich die Unpopularität von Präsident Ma und der regierenden KMT.

Bilanz der Ära Ma

Eine Bilanz der beiden Amtsperioden von Ma Ying-jeou fällt gemischt aus. Umgehend nach dem Sieg der Kuomintang in den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Januar und März 2008 setzte eine Phase der Annäherung zwischen Taiwan und der Volksrepublik China ein. Im Anschluss an die Herstellung direkter Verkehrs- und

Kommunikationsverbindungen begannen beide Seiten wichtige Abkommen auszuhandeln, darunter ein Rahmenabkommen über Wirtschaftskooperation (ECFA). Insgesamt wurden in den beiden Amtszeiten von Ma Ying-jeou 23 bilaterale Abkommen unterzeichnet (und bis auf wenige Ausnahmen auch vom Parlament ratifiziert).

Ermöglicht wurden diese Fortschritte im Verhältnis zur Volksrepublik zum einen durch das Bekenntnis Ma Ying-jeous und seiner Regierung zum sogenannten »Konsens von 1992«. Danach stimmen beide Seiten überein, dass es nur ein China gibt, wobei sich aber jede Seite ihre eigene Interpretation vorbehält, was sie unter dem »einen China« versteht. Ma nannte außerdem die sogenannten »drei Neins« als weitere Prinzipien, die für das Verhältnis über die Taiwanstraße hinweg maßgebend sein sollen: »keine Wiedervereinigung, keine Unabhängigkeit, keine Gewaltanwendung«.

Die Annäherung der beiden Seiten wurde sowohl von den USA als auch von der EU sehr positiv aufgenommen, nachdem die Jahre zwischen 2000 und 2008 durch anhaltende Spannungen geprägt gewesen waren. In dieser Zeit war die DPP an der Regierung – sah sich allerdings mit einem Parlament konfrontiert, das von der KMT dominiert wurde. Beijing unterstellte der DPP und Präsident Chen Shui-bian Unabhängigkeitsbestrebungen.

Dass Ma ein zentrales Wahlversprechen – 6 Prozent Wachstum, 3 Prozent Arbeitslosigkeit und ein Durchschnittseinkommen von 30 000 US-Dollar (kurz: 6-3-3) – nicht einlösen konnte, war vor allem der globalen Finanzkrise geschuldet. Ein sich verschärfendes soziales Gefälle, stagnierende Löhne, steigende Immobilienpreise und schlechte Berufsaussichten vor allem für Hochschulabsolventen waren bereits zentrale Wahlkampfthemen der DPP im Jahr 2011–12. Dennoch konnten sich Ma und seine Partei bei den Wahlen im Januar 2012 noch einmal durchsetzen, vor allem mit dem Verweis auf die stabilen Beziehungen zu China.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in erster Linie die Ursache für die Unpopu-

larität von Ma Ying-jeou zu suchen. Dabei sind die wirtschaftlichen Rahmendaten durchaus stabil und positiv. Im Zeitraum 2011 bis 2014 wuchs die Wirtschaft durchschnittlich um rund 3 Prozent pro Jahr. Die Staatsverschuldung ist mit 36,5 Prozent vergleichsweise gering, das Pro-Kopf-Einkommen beträgt 22 635 US-Dollar, die Arbeitslosigkeit liegt bei 3,9 Prozent (alle Werte von 2014). Im weltweiten Ranking des »Index of Economic Freedom« der Heritage Foundation belegt Taiwan Platz 14, direkt hinter Großbritannien; unter den Staaten Asiens rangiert es an fünfter Stelle. Allerdings betrug das Wirtschaftswachstum 2015 nur noch 1 Prozent. Unternehmen und Investoren bemängeln vielfach eine zu starke Regulierung, zu viel Bürokratie, zu geringe Investitionen in Forschung und Entwicklung und restriktive Arbeitsgesetze.

China ist mit einem Handelsvolumen von 160 Milliarden Dollar und einem Exportanteil von nahezu 40 Prozent der wichtigste Handelspartner Taiwans. Jährlich besuchen allein vier Millionen chinesische Touristen Taiwan. Laut Schätzungen arbeiten bis zu eine Million der 23 Millionen Taiwanesen in China.

In der Außenpolitik waren ebenfalls Erfolge zu verzeichnen. Präsident Ma konnte den maritimen und territorialen Konflikt mit Japan durch ein Fischereiabkommen entschärfen und so die Kooperation intensivieren. Mit den Philippinen einigte man sich darauf, den Einsatz von Gewalt in umstrittenen Fischereigebieten zu vermeiden. Auch seine Friedensinitiativen für das Ost- und das Südchinesische Meer fanden positive Resonanz, ohne dass Taiwan dadurch seine territorialen Ansprüche aufgeben hätte. Das Land hat es in den beiden Amtszeiten von Ma geschafft, die Zahl jener Länder, die taiwanesischen Bürgern die visafreie Einreise gestatten, von 54 auf über 150 zu erhöhen; darunter sind die USA und die Staaten des Schengenraums.

In anderen außenpolitischen Feldern gewann Taiwan unter Ma durch die Annäherung an China jedoch nur wenig. Von seinen 23 diplomatischen Verbündeten verlor

es nur einen einzigen, und das nicht auf Betreiben Chinas. Doch der Radius der internationalen Partizipation Taiwans erweiterte sich kaum. China stellte sicher, dass die Beteiligung der Insel an internationalen Organisationen, wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) oder der Internationaler Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), von der Zustimmung Chinas abhängig blieb und sich daraus kein Präzedenzfall für andere Organisationen ableiten ließ.

In den letzten Jahren konnte Taiwan ein Freihandelsabkommen auch nur mit Ländern abschließen, die ein solches bereits mit der Volksrepublik China geschlossen haben (Neuseeland und Singapur); bei den regionalen Freihandelsprojekten blieb es bislang ebenso außen vor wie bei der von China initiierten Asiatischen Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB). Dabei stellt die weltweite Zunahme bi- und plurilateraler Freihandelsabkommen eine Bedrohung für Taiwans stark exportorientierte Wirtschaft dar. Seitdem Taiwan 2002 Mitglied der Welt Handelsorganisation (WTO) wurde, hat es zwar Wohlstandseffekte erzielt, die Mitglieder der WTO konnten sich bislang aber nicht auf weitere Liberalisierungsschritte einigen. Taiwan ist insbesondere daran interessiert, Freihandelsabkommen mit der EU und den USA abzuschließen und sich am Transpazifischen Freihandelsabkommen (TPP) zu beteiligen, das zwischen mehreren pazifischen Staaten geschlossen wurde, darunter die USA und Japan. Südkorea, der wichtigste regionale Konkurrent Taiwans, hat bereits Freihandelsabkommen mit der EU (2011) und den USA (2012) getroffen.

Die zunehmende wirtschaftliche (und politische) Abhängigkeit von China und die Geschwindigkeit der Annäherung an das Festland werden in Taiwan kontrovers diskutiert. Ein Ausfluss dieser Kontroverse waren die Formierung der oben dargestellten Sonnenblumenbewegung und die Gründung der New Power Party.

Insbesondere in Ma Ying-jeous zweiter Amtszeit kam es zu Konflikten innerhalb der KMT-Führungsriege. Zuletzt waren die Zustimmungsraten für den Präsidenten

kaum mehr im zweistelligen Bereich, seine Partei wirkte gespalten und schwach, insbesondere nach der Niederlage bei den Lokalwahlen Ende 2014.

Präsident Ma hat es gegen Ende seiner Amtszeit noch geschafft, eines seiner zentralen Ziele zu erreichen: ein Treffen mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping. Beide politischen Führer trafen sich am 7. November 2015 in Singapur zu einem etwa einstündigen Gespräch mit vorhergehendem Fototermin. Ma und Xi redeten sich einfach mit »Herr« an, da beide Seiten sich gegenseitig nicht anerkennen. Das war das erste Treffen von Führern beider Seiten seit dem Ende des chinesischen Bürgerkriegs 1949 und hatte vor allem symbolische Natur. Beide Präsidenten bekräftigten ihren Wunsch nach weiterer Annäherung und verstärktem Austausch ihrer Länder. Xi sprach von Festlandchina und Taiwan als »einer Familie« und betonte die Zusammengehörigkeit beider Territorien. Ma dagegen machte deutlich, dass man Geduld bei der Annäherung brauche und die unterschiedliche Lebensweise respektieren müsse, womit er auf den demokratischen Charakter Taiwans verwies.

Das Treffen kann insgesamt als ein positives Zeichen in den Beziehungen beider Seiten gesehen werden. Veränderungen in den jeweiligen Positionen ließ es aber nicht erkennen; insofern war auch kein Ergebnis zu erwarten. Das Ende der Amtszeit Präsident Mas stand kurz bevor, so dass er ohnehin nicht mehr die Autorität gehabt hätte, für Taiwan substantielle Vereinbarungen zu treffen. Auf den Ausgang der Wahlen am 16. Januar hatte die Zusammenkunft keinen Einfluss.

Erste Reaktionen und Ausblick

Die USA reagierten auf den Wahlsieg Tsais und der DPP mit einer knappen Erklärung des State Department und entsandten den ehemaligen hochrangigen Diplomaten William J. Burns nach Taiwan. Vizeaußenminister Antony Blinken reiste fast zeitgleich nach China, um Gespräche über Nordkorea

und Taiwan zu führen. In Taiwan traf Burns auch mit Ma zusammen und lobte ihn für seinen Beitrag zu den sehr guten Beziehungen zu den USA. Er sprach sich zudem für einen reibungslosen Übergang von der Ma-Administration zu jener von Tsai Ing-wen und für deren Kooperation aus. Die DPP schickte ihren Generalsekretär Joseph Wu nach Washington. Dieser kündigte ein »moderates und vorsichtiges« Herangehen seiner Partei und Tsais gegenüber China an. Das US-Außenministerium drückte in einer Stellungnahme seine Unterstützung für die Demokratie in Taiwan aus, gab aber auch seinem Wunsch Ausdruck, dass in den Beziehungen über die Taiwanstraße hinweg Frieden und Stabilität bewahrt werden sollten. Erklärungen europäischer Politiker zum Wahlausgang hatten einen ähnlichen Tenor; das gilt beispielsweise für die Stellungnahmen der Außenminister Deutschlands und Großbritanniens sowie der Außenbeauftragten der EU, Federica Mogherini.

Die Volksrepublik China hat im Vorfeld der Wahlen versucht, das eigene Volk möglichst vom taiwanesischen Wahlkampf abzuschirmen. Über die Wahlen wurde in chinesischen Medien kaum berichtet. Auf deren Ergebnis reagierte Beijing offiziell relativ zurückhaltend: Das für die bilateralen Beziehungen zuständige Taiwan Affairs Office (TAO) ließ verlauten, Chinas Position sei felsenfest und habe sich nicht geändert; es unterstrich einmal mehr die Bedeutung des »Konsens von 1992«. (Bislang haben Tsai und ihre Partei es vermieden, sich unmissverständlich zu dieser Formel zu äußern, die die Grundlage für Mas Annäherungspolitik bildete.) Kurz nach den Wahlen führte China Militärmanöver in der Provinz Fujian durch, die Taiwan gegenüberliegt. Diese Manöver, so das chinesische Verteidigungsministerium, dürfe man nicht überinterpretieren.

Nach der Wahl Tsai Ing-wens und der DPP ist zu erwarten, dass die Beziehungen zwischen China und Taiwan komplizierter werden. Taiwan ist im Ergebnis dieser Wahlen demokratischer und pluralistischer geworden. Xi Jinpings Außenpolitik war

bislang durch das Bemühen geprägt, eher Stärke zu zeigen als Entgegenkommen, insbesondere wenn es um die territoriale Souveränität der Volksrepublik geht. Für China signalisieren nicht nur das deutliche Wahlergebnis, sondern auch die Entwicklungen, die sich in der taiwanesischen Bevölkerung bei der Definition ihrer nationalen Identität vollzogen haben, das Scheitern der Taiwanpolitik, wie Beijing sie gegenüber Ma Ying-jeou verfolgt hat. Denn offenkundig ist es China nicht gelungen, durch Annäherung und Austausch die »Herzen und Köpfe« der Menschen in Taiwan für sich zu gewinnen. Es scheint eher so, als hätten intensivere Kontakte, beispielsweise im Zuge der Reisen festlandchinesischer Touristen, zu einer Distanzierung beigetragen.

Beide Seiten haben kein Interesse an einem Konfrontationskurs oder einer Rückkehr zu den negativen Dynamiken der zwei Amtsperioden unter Chen Shui-bian. Tsai Ing-wen hat betont, dass sie den Status quo beibehalten möchte. Daher dürfte sie die bereits vollzogenen wirtschaftlichen Integrationsschritte nicht rückgängig machen, wenn auch eine intensivere Überprüfung der Abkommen und eine genauere Kontrolle ihrer Einhaltung vorgesehen sind. Auf der anderen Seite hat China genug eigene Probleme zu lösen und wird sicher auch darauf bedacht sein, zumindest den Status quo nicht zu gefährden. Tsai steht aber auch unter Druck, weil der Wahlsieg der DPP so deutlich ausgefallen ist: Ihre Partei erwartet eine weniger auf Annäherung ausgerichtete Politik gegenüber dem Festland.

Im Rahmen der internationalen Kontakte wird Tsai Ing-wen versuchen, die wirtschaftliche Abhängigkeit von China durch den Beitritt zu TPP zu verringern und neue Absatzmärkte in Südostasien zu erschließen. Darüber hinaus wird sie sich um den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU bemühen. Die Vorgängerregierung unter Präsident Ma hatte weitgehend ähnliche Ziele verfolgt. Für den Abschluss neuer Freihandelsabkommen ist die neue Regierung aber auf das Wohlwollen Chinas

angewiesen. Gegen den Widerstand der Volksrepublik wird es schwierig sein, solche Abkommen abzuschließen. Japan hat bereits seine grundsätzliche Zustimmung zu einer Aufnahme Taiwans in TPP signalisiert.

Tsai möchte sich auch aus der Preis- und Lohnkonkurrenz mit Festlandchina lösen und fünf Schlüsselindustrien gezielt fördern, die eine höhere Produktivität und damit höhere Löhne versprechen: Bio- und Informationstechnologie, erneuerbare Energien, Rüstung und Maschinenbau.

Ein entscheidender Faktor für den Fortgang der chinesisch-taiwanesischen Beziehungen ist die Bereitschaft Beijings, flexibel und pragmatisch auf die neue Situation zu reagieren und die Kommunikation mit Tsai und der DPP zu verstärken. Kontakte hat es in der Vergangenheit vor allem auf akademischer Ebene gegeben. Die Volksrepublik musste sich spätestens seit der Niederlage der KMT bei den Lokalwahlen Ende 2014 auf die Möglichkeit einstellen, dass die DPP die politische Macht in Taiwan übernehmen würde. Daher wurden DPP-Bürgermeister und Abgeordnete nach China eingeladen und es fand ein »Friedensforum« statt, an dem auch Mitglieder des »grünen Lagers« teilnahmen. Es ist zu hoffen, dass China die angeknüpften Kontakte nicht einfriert und dass Tsai über die notwendigen »back channels« verfügt, um Kommunikationswege offenzuhalten, sollte es zu Problemen beim Austausch über die offiziellen Kanäle kommen.

Eine erneute Abwärtsspirale im Verhältnis der beiden Seiten lässt sich aber nicht ausschließen. Sollte es Tsai mit ihrer Regierung nicht gelingen, eine Position zu formulieren, welche die chinesische Führung davon überzeugt, dass sie einen stabilen Fortgang der Beziehungen ermöglicht, dann steht Beijing ein ganzes Arsenal von Instrumenten zur Verfügung, um Taiwan unter Druck zu setzen. So könnte es etwa die mittlerweile fest etablierten Gespräche einstellen, zunächst auf offizieller Ministerebene zwischen dem Taiwan Affairs Office und dem Mainland Affairs Council (MAC)

oder auf Ebene der beiden »Stiftungen« Association for Relations Across the Taiwan Straits (ARATS, China) und Straits Exchange Foundation (SEF, Taiwan), die beide Seiten zur Pflege des gegenseitigen Austauschs gegründet haben. Die ökonomische Abhängigkeit Taiwans vom Festland gibt Beijing auch wirtschaftliche Hebel an die Hand. Zudem könnte China versucht sein, jene 22 Staaten, die bislang an der diplomatischen Anerkennung Taiwans festgehalten haben, dazu zu bringen, sich der Volksrepublik zuzuwenden und die Anerkennung Taiwans zu widerrufen. Auch die ohnehin eingeschränkte Einbeziehung Taiwans in internationale Organisationen wie die WHO ist nicht unumkehrbar.

Die lange Übergangszeit zwischen der Wahl und dem Amtsantritt der neuen Präsidentin ist ein Unsicherheitsfaktor in der taiwanesischen Politik. Tsai wird erst am 20. Mai ihr Amt antreten. Da aber das neue Parlament, in dem nun die DPP die Mehrheit hat, bereits am 1. Februar zusammentritt, besitzt der noch bis Mai amtierende Präsident Ma kaum mehr politischen Gestaltungsspielraum. Die lange Übergangszeit birgt aber nicht nur Risiken, sondern auch Chancen für das Verhältnis zu China: Sie kann genutzt werden, um den Austausch zu verbessern und die Gefahr zu reduzieren, dass Signale falsch verstanden werden. Sie lässt sich aber auch nutzen, um die Grundsteine für eine neue Periode der Friktion zu legen, wenn beide Seiten nicht mit Umsicht agieren.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin und des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364